

Von: Axel Goldmann [mailto:axel.goldmann@linksfraktion.de]

Gesendet: Montag, 8. Februar 2010 08:37

An: Prof. Dr. Ernst Schimpff

Betreff: AW: Schreiben an Fraktionsvorsitzenden Dr. Gysi und Resolution der ABSI

Sehr geehrter Herr Prof. Schimpff,

im Namen von Gregor Gysi und der gesamten Fraktion DIE LINKE bedanke ich mich für Ihr Engagement und Ihre Initiative.

Leider sind Ihre Sorgen nicht unbegründet.

1. Ja, das BMU plant Kürzungen bei der Einspeisevergütung für Photovoltaikstrom; zusätzliche Absenkung der Vergütung für Dachanlagen um 15 Prozent ab April 2010 und für Freiflächenanlagen um 25 Prozent ab Juli 2010. Näheres finden Sie

hier: <http://www.bmu.de/erneuerbare/energien/doc/45543.php>

2. Die Förderung bestehender Anlagen ist davon unberührt; die Einspeisevergütung zum Zeitpunkt des Netzanschlusses der Anlage bleibt über die Jahre garantiert.

Ich kann Ihnen aber auch versichern, dass Sie mit Ihrem Schreiben und Ihren völlig berechtigten Forderungen bei uns gewissermaßen offenen Türen einrennen.

Wir lehnen die von Bundesumweltminister Röttgen geplante Absenkung der Einspeisevergütung von Solarstrom in der vorgeschlagenen Form ab.

Insbesondere der Zeitpunkt der angekündigten Kürzungen zum 1. April 2010 raubt vielen Unternehmen der Solarbranche die Geschäftsgrundlage. Zahlreiche Zuschriften von Privatpersonen, Solar-Modul-Installationsbetrieben und Projektplanern im Bereich Photovoltaik (PV) zeigen uns, dass bereits viele getroffene Investitionsentscheidungen für Photovoltaikanlagen infrage gestellt werden. Kleinere Unternehmen stehen aufgrund von eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen und bereits geschlossenen Kaufverträgen nun vor dem Aus, Privatpersonen vor Schuldenbergen. Um den Vertrauensschutz von Bürgerinnen und Bürgern sowie der Solarwirtschaft zu gewährleisten, werden wir uns im parlamentarischen Verfahren für eine deutlich spätere Absenkung der Einspeisevergütung einsetzen.

Generell halten wir eine Absenkung der Einspeisevergütung mit Blick auf die in den letzten zwei Jahren drastisch gesunkenen Preise für Solaranlagen für nachvollziehbar. Die Kürzungen sollten aber mit Augenmaß geschehen und nicht in "Rambo"-Manier. Wir sind daher sehr besorgt über die Höhe der von Bundesumweltminister Röttgen geplanten Kürzungen, gefährdet er damit doch tausende von Arbeitsplätzen in Produktionsstätten von Solarzellen bzw. -modulen. Ein solches Vorgehen in Zeiten von Finanz- und Wirtschaftskrise ist unverantwortlich. Der Großteil der in Deutschland produzierten Solarzellen stammt aus Sachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Gerade die wirtschaftlich schwachen Regionen in den neuen Bundesländern trafen die Kürzungen daher besonders hart. Es ist schon erstaunlich, wie rigoros hier gegen einen Teil der Erneuerbaren-Energien-Branche vorgegangen wird, während den Atomkonzernen durch längere Laufzeiten zusätzliche Gewinne von mehreren hundert Millionen Euro gesichert werden sollen. Zeitgleich muss die öffentliche Hand voraussichtlich knapp vier Milliarden Euro für die Rückholung des Atom Mülls aus der absaufenden Lagerstätte Asse II bezahlen. Hier wird offensichtlich mit zweierlei Maßstäben gemessen. Die massive staatliche Unterstützung für die Energieträger Kohle und Atomkraft bleibt unangetastet. Die vollmundigen Plädoyers des Bundesumweltministers für den Umstieg auf erneuerbare Energien sind vor diesem Hintergrund nicht ernst zu nehmen.

Ein steigender Anteil erneuerbarer Energien ist schon rein technisch nicht mit längeren Laufzeiten von Atomkraftwerken vereinbar. Der Strom aus schwer regelbaren Atomkraftwerken würde die Stromnetze zu Lasten von Strom aus erneuerbaren Energien verstopfen. Dies bestätigt auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen der Bundesregierung, der deshalb von einer anstehenden Systementscheidung zwischen dem Wachstum erneuerbarer Energien und der Beibehaltung zentraler Großkraftwerke, seien es Atom- oder Kohlekraftwerke, spricht.

DIE LINKE setzt sich daher für eine verlässliche und angemessene Förderung von erneuerbaren Energien, für einen möglichst schnellen Ausstieg aus der Hochrisikotechnologie Atomkraft und gegen den Neubau von Kohlekraftwerken ein.

Mit freundlichen Grüßen

Axel Goldmann

Axel Goldmann
Mitarbeiter für Medien- und Öffentlichkeitsarbeit
Fraktion DIE LINKE. im Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon +4930/227-51174
Telefax +4930/227-56176

axel.goldmann@linksfraktion.de
<http://www.linksfraktion.de>